

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:

Die einseitige Anzeigens-
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamezeile 50 Pf.

Schriftleitung und
Geschäftsstelle:

Bob Ems, Admstr. 26,
Herrnstr. Nr. 7.

Verantwortlich für die
Schriftleitung:

Rich. Klein, Bob Ems 1

Nr. 218

Bad Ems, Dienstag, den 23. September 1919

71 Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

Der Streit um den Kaiser.

Rotterdam, 23. Sept. Der Pariser Korrespondent „Nieuwe Courant“ teilt seinem Blatt mit, daß die „Libre Belgique“, der niederländische Gesandte die Mitteilung erhalten, daß Holland innerhalb 14 Tage die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangt werden würde, unrichtig ist.

Ratifikation durch Frankreich

Berlin, 23. Sept. Die Boff. B. bringt eine drahtförmige Mitteilung aus Lyon, daß die französische Kammer den Vertrag ratifiziert habe. Eine direkte Nachricht aus Paris liegt noch nicht vor.

Metallarbeiterstreik in Berlin.

Berlin, 22. Sept. Die Vertrauensleute und Arbeiter der Metallarbeiter hielten heute eine mehrstündige Sitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, den Metallarbeitern den Streik zu empfehlen. Am morgigen Tag soll in allen Betrieben eine Abstimmung vorgenommen werden. Falls sich zweidrittel Mehrheit für den Streik ergibt, wird der allgemeine Ausstand angetreten. Der Leiter des Hünzchenaussschusses Risch gab in einem Referat über die allgemeine Lage und sprach die Hoffnung aus, daß morgen der Generalstreik ausgeführt würde.

Massenstreik in Amerika.

Amsterdam, 22. Sept. Aus Newyork wird gemeldet, daß sich 100 000 Arbeiter den heute in den Ausstand getretenen Metallarbeitern anschließen werden, wodurch die gesamte Industrie lahmgelegt würde.

Das fanatische Australien.

Amsterdam, 23. Sept. Reuter meldet aus Melbourne, daß deutsche Waren, die über Amerika in Australien eingeführt wurden, von den Zollbehörden angehalten wurden. Sie sollen vernichtet werden.

Kabinettswechsel in Polen.

Berlin, 23. Sept. Nach englischen Blättern wird nach seiner Rückkehr aus Paris seine Demission einreichen. Als sein Nachfolger werde der Minister ernannt, den Paradowsky selbst vorschlägt.

Schneefälle in Schlesien.

Berlin, 22. Sept. Laut „Berl. Vol.-Anz.“ ist im Riesengebirge ein Wetterumschlag eingetreten. In der Nacht vom Montag hat es im Hochgebirge geschneit, Montag lag der Schnee bis auf 1000 Meter Höhe herunter.

Reichsfinanzministerin über die schlechte Währung.

Als eine Zusammenfassung der Meinungen und Ansichten der Reichsfinanzministerin über die Währungsfrage, die in den Besprechungen des Reichsfinanzministeriums, in denen wohl die nachfolgenden Ausführungen eines Vertreters dieser Behörde über den erschreckenden Rückgang der Währung anzuhören. Es heißt darin:

Der wichtigste Grund, die zur Entwertung des Reichsgeldes geführt haben, ist die Vermehrung des Geldes durch Banknoten und Wechsel. Eine Vermehrung des Geldes, die keine entsprechende Vermehrung des Volkseinkommens gegenübersteht. Mittel und Wege, um die Vermehrung des Geldes zu verhindern, sind das Reichsnotopfer, die Reichssteuer und die Umwälzung. Das zweite Mittel zur Abmilderung des Rückgangs des Geldes ist die Ausgabe von Summen. Diese Summen werden mit besonderen Mitteln ausgestattet, um einen Erfolg in der Auslandsreise zu erzielen. Ein besonderes Reizmittel ist die Prämienlotterie. Die Bedingungen werden und müssen so sein, daß die Schädigung der Kriegsanleihebesitzer eintreten kann.

Der dritte Grund für den Rückgang der Währung ist die Ausgabe von Summen. Diese Summen werden mit besonderen Mitteln ausgestattet, um einen Erfolg in der Auslandsreise zu erzielen. Ein besonderes Reizmittel ist die Prämienlotterie. Die Bedingungen werden und müssen so sein, daß die Schädigung der Kriegsanleihebesitzer eintreten kann.

Der vierte Grund für den Rückgang der Währung ist die Ausgabe von Summen. Diese Summen werden mit besonderen Mitteln ausgestattet, um einen Erfolg in der Auslandsreise zu erzielen. Ein besonderes Reizmittel ist die Prämienlotterie. Die Bedingungen werden und müssen so sein, daß die Schädigung der Kriegsanleihebesitzer eintreten kann.

ges. Drittens trägt zum Kursrückgang die Kapital- und Steuerflucht stark bei. Die Kapitalflucht ist sehr vermehrt worden durch die Steuererleichterungen. Eine Handhabung, die Kapitalflucht zu verhindern, wird das Gesetz gegen die Kapitalflucht bieten. Der vierte Grund endlich, der unserer Marktwährung so stark geschadet hat, ist die Spekulation in der Valuta. Diese muß in die Richtung gedrängt werden, daß sie auch einmal wieder eine Hauspekulation unternimmt, um den Markkurs wieder nach oben zu drängen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Wertberzeugung der Arbeit zunimmt und die Steuererleichterungen zur Anwendung kommen. Es schweben Erwägungen, Maßnahmen zu treffen, die der Spekulation das fortwährende Heruntergehen des Marktkurses etwas verleißen.

Im „Berl. Tagebl.“ erörterte der frühere Reichsminister Gothein Valutafragen. Er kommt zu dem folgenden Ergebnis: Ein Hauptgrund für das fortgeschrittene Fallen der Valuta ist die Verdrängung, daß Auslandsverkäufe nur gegen die heimische Währung, also nach der Schweiz zu Franken, nach Skandinavien zu Kronen und nach Holland zu Gulden getätigt werden dürfen. Da für unsere gewaltige Einfuhr ständig Marknoten ins Ausland wandern, so häufen sich dort sehr große Mengen an, und der ausländische Verkäufer weiß gar nicht, was er damit anfangen soll. Das ist natürlich ein furchtbarer Druck auf den Kurs aus. Wenn es auch an sich gut ist, durch den Verkauf deutscher Waren ausländische Devisen hereinzubringen, mit denen dann die unbedingt notwendigen Einfuhrgüter beglichen werden können, so ist hier doch das Gefühl der Furcht im Spiel. Gerade um den Markkurs im Ausland zu heben, müßte es den deutschen Exporteuren gestattet sein, ihre Ware im Ausland gegen Mark zu verkaufen. Daß vor allem gegenüber dem besetzten Gebiet wie aber auch gegenüber der Schweizer Grenze die ganze Devisenordnung nicht mehr haltbar sei, war seit langem klar. Im sogenannten historischen Ausschuss war von dem Ernährungsminister Schmidt und mir unter Zustimmung Bernburgs und des Reichsbankpräsidenten gegen den Wirtschaftsminister Wiffel schon vor Pfingsten die Aufhebung der Devisenordnung beschlossen worden. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts stimmten zu. Die Angelegenheit mußte damals vertagt werden, aber es ist nicht zu verstehen, warum die Aufhebung erst jetzt erfolgt ist. Im allgemeinen ist die Genehmigung des Ein- und Ausfuhrkommissars für die meisten Waren erforderlich.

Die Aufhebung der Devisenordnung durch die Regierung und die Wiedereinführung des freien Devisenverkehrs am 15. d. Mts. hat bereits erhebliche Wirkungen gezeigt. Die erste Folge war, daß die deutsche Bankwelt sich dem Zug um Zug mit den Preisen für ausländische Devisen dem Stande der Mark im Ausland anpaßte. Ferner wurde bereits die Zahlungseinstellung zweier deutscher Spieler bekannt, die seit längerer Zeit in unerhörter Weise den Schleichhandel mit ausländischen Noten, vornehmlich mit englischen Pfundnoten, betrieben hatten.

Der Generalpostmeister der Vereinigten Staaten hat die Regierung ersucht, den Postanweisungsverkehr mit Deutschland, der wegen der Schwankungen der deutschen Mark nicht aufgenommen werden konnte, baldigst zuzulassen und einen festen Kurs für die Geldsendungen zu bestimmen.

Die Friedensverhandlungen.

Der interalliierte oberste Wirtschaftsrat trat laut Meldung des „Telegraaf“ am Samstag unter dem Vorsitz des belgischen Wirtschaftsministers zusammen. Unter den Delegierten befanden sich der britische Lebensmittelminister Roberts, der französische Minister Clementel und Loucheur. Der Rat beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage der Lebensmittelversorgung. Die Schwierigkeiten bei dem großen Bedarf Deutschlands an Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen in der Bezahlung. Den Berichten, die dem Rate vorliegen, zufolge, sind in der Welt genug Lebensmittel vorhanden, um alle Länder zu versorgen. Die Schwierigkeit ist nur die Transport- und Schiffsraumfrage. Die Delegierten erklärten, daß die Vorräte ausreichend sind, die Baumwollvorräte sind geringer. Eine gerechte Verteilung läßt sich jedoch hier ermitteln. Die Nachschüsse sind völlig unzureichend. Um die Verteilung der Lebensmittel und Rohstoffe zu sichern, werden beratende Ausschüsse in allen alliierten Ländern errichtet. Deutschland wird versorgt werden, es soll jedoch vermieden werden, daß Deutschland ein Konkurrent der Länder wird, die durch den Krieg gelitten haben.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Polen fordern nach einer Wiener Meldung, auf Grund eines Berichtes des tschecho-slowakischen Botschafters in Berlin die Wiederaufnahme von 25 000 oberschlesischen Flüchtlingen; diese Zahl ist weit übertrieben und läßt vermuten, daß die Polen allerlei Arbeitslose, die mit den Flüchtlingen nichts zu tun haben, nach Oberschlesien abstoßen wollen.

Heimkehr der Betrogenen. Wie die Tel.-Union aus Kattowitz berichtet, tritt die vom Reichskommissar angekündigte Möglichkeit der Rückkehr von nach Polen geflüchteten Insurgenten bereits in Erscheinung. In den oberschlesischen Grenzorten treffen täglich Flüchtlinge ein und

ersuchen, sie nach Deutschland wieder hineinzulassen. Sie berichten durchweg, daß man sie schamlos betrogen hat und daß ihrer in Polen statt goldener Berge nur Elend und Hunger erwartet haben. So sind beispielsweise am Mittwoch bei Myslowitz vier junge Leute zurückgekehrt, die vollständig erschöpft in halbverhungertem Zustande und voll Ungezieser waren. Sie bedauern, an dem Putz teilgenommen zu haben. Sie wollen nach den in Polen gewonnenen Eindrücken von drüben nichts mehr wissen. Die Polen werden einsehen müssen, daß ihnen der oberschlesische Aufstand nichts genutzt, ihrer Sache aber geschadet hat.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die belgische Regierung hat, wie die N. B. Z. erfährt, ihr Einverständnis damit erklärt, daß alle in ihrer Hand befindlichen Kriegsgefangenen sofort ausgeliefert werden sollen. Der Abtransport wird in den nächsten Tagen beginnen.

Deutschland.

Der Reichswehrminister Noske empfing nach dem „Vorwärts“ Vertreter von Berliner Großbetrieben und führte vor ihnen unter anderem aus: Von der Truppenführung kann ich sagen, daß sie loyal hinter mir steht. Von den Heerführern, die ein politisch unliebsames Aufsehen erregt haben, ist keiner mehr im Dienst. Daß sich in anderen Führern eine Anzahl kurzschäftiger Heißhühner befinden, die lieber heute als morgen losbrausen, ist mir wohl bekannt. Bei der Ausgabe, aus 24 000 Offizieren 4000 für die Reichswehr herauszuwählen, wird sehr sorgfältig vorgefahren. Zu der Gefahr einer Gegenrevolution äußerte sich der Minister dahin, daß seiner festen Überzeugung nach jeder derartige Versuch von vornherein scheitern müßte an dem entschlossenen Widerstand der großen Mehrheit des Volkes.

Zum britischen Handelsvertreter in Deutschland wurde nach einer Meldung der „Morningpost“ der ehemalige britische Vizekonsul in Frankfurt, Thelwall, ernannt. Er soll bereits in Berlin eingetroffen sein.

Das Schicksal des Memelgebietes. Reichsminister des Innern Müller hat Freiherrn von Versen um die Ueberreichung folgender Note: „Die Vertreter des Memelgebietes, das nach Teil 3 des Friedensvertrages den alliierten und assoziierten Hauptmächten überlassen werden soll, wurden wiederholt bei der deutschen Regierung mit der Bitte vorstellig, die baldige Entscheidung über ihr zukünftiges staats- und volkrechtliches Schicksal herbeizuführen. Während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Änderung des jetzigen Zustandes wünscht, auf jeden Fall aber die Entscheidung des Volkes selbst über die Staatszugehörigkeit nach dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes fordert, empfinden alle Bewohner des Memelgebietes den gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit als lästig und schädlich zugleich. Das wirtschaftliche Leben des auf regen Handel angewiesenen Gebietes leidet auf das empfindlichste, die Unternehmungslust ist gehemmt, die nationalen und sozialen Gegensätze verschärfen sich. Für die Regierung selbst ergeben sich aus dieser Lage namhafte Verwaltungstechnische Schwierigkeiten. Allen diesen Nachteilen würde die möglichst baldige Stellungnahme der alliierten und assoziierten Hauptmächte über das Memelgebiet abhelfen, die den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt.“

Aus der Ostmark. Im Süden Ostpreußens soll, wie das Memelener Volksblatt an maßgebender Stelle erfährt, für die Abstimung eine deutsche Polizeitruppe unter Aufsicht des Verbandes gebildet werden. Eine Besetzung durch fremde Truppen kommt nicht in Frage, solange die Bevölkerung des Abstimmungsbezirks Ruhe bewahrt.

Spartakus wieder an der Arbeit. Im Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung gab Ministerpräsident Dirich zur Beleuchtung der „Spartakus“-Unruhen Kenntnis von einem Zirkular, das einem nach der Tschechoslowakei reisenden kommunistischen Führer bei seiner Verhaftung durch die sächsischen Behörden abgegeben wurde und das unter anderem genaue Anweisungen zur Begründung eines geheimen politischen Organisationszuges enthalte, die auf die Beseitigung von Personen ausgehe, die der kommunistischen Propaganda im Wege stünden. Diese Truppe hätten durch Los der Genossen zu bestimmen, der die Tat ausführe, was bei Todesstrafe innerhalb 24 Stunden geschehen müsse.

Schwere Ausschreitungen in Leipzig. Am Montag in Leipzig kam es am Freitag zu schweren Ausschreitungen. Zwei über den Platz gehende Landjäger wurden von der Menge mit allen möglichen Schimpfphrasen wie „Mastelump“, „Masthund“ und anderen Ausdrücken beleidigt. Als sich die beiden diese Schimpfphrasen verbot, wurden sie von der Menge angegriffen und konnten sich nur mit Mühe von einem Schutzmann in Sicherheit bringen lassen. Zwei andere Landjäger, die sich ihrer Kameraden annahmen, wurden von der Menge schwer mißhandelt. Es wurde auch versucht, sie in die Gasse zu werfen. Einer blieb blutig auf der Uferböschung liegen, der andere wurde tatsächlich in den Fluß geworfen und vom Pöbel mit Steinen beworfen. Erst weiteren hinzu-

kommenen Landjägern gelang es, die schwer bedrohten Kameraden zu befreien und auch den in die Elster gestürzten Mann zu retten.

Der preussische Verfassungsentwurf. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, beendete das preussische Ministerium des Inneren die Vorarbeiten für den Entwurf der preussischen Verfassung, so daß der Entwurf jetzt fertig vorliegt. Er geht jetzt dem Staatsministerium zur weiteren Beratung zu.

Zum preussischen Ernährungskommissar ist der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters bestellt worden, der bisher schon bei der Tätigkeit des preussischen Staatskommissars hervorgetreten war, nachdem Reichswirtschaftsminister Schmidt auf seinen Wunsch von dem von ihm mitverwalteten Amt wegen Arbeitsüberlastung entbunden worden ist. Die sachlich erwünschte Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium bleibt somit erhalten, irgendein Systemwechsel tritt nicht ein.

Der deutsche Inlandsrichtpreis im Auftrage der Reichsregierung die deutsche Gold- und Silber-Scheidungsanstalt in Frankfurt a. M. festgelegt, wird für die kommende Woche um 68 Mark auf 1034 Mark erhöht.

Parteiliches.

Der zweite Parteitag der Deutschen demokratischen Partei im Rheinland faßte einstimmig folgenden Beschluß: Der zweite rheinische Parteitag der Deutschen demokratischen Partei hält eine Fühlungnahme der politischen Parteien im besetzten Gebiet zum einheitlichen Handeln gegen die Sonderbündelei für geboten, um allen Lösungsbestrebungen wirksam entgegenzutreten. Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei, die für die Lösungsbestrebungen eintreten, sind unverzüglich aus der Parteiorganisation auszuschließen.

Rußland.

Monarchistische Gegenrevolution? Der russische Großfürst Michael Romanow ist aus Perm im Hauptquartier Koltshals angekommen, um die Thronfrage zu besprechen. Die Koltshal unterstützenden Mächte sind der Ansicht, daß die Gegenregierung gegen die Sowjetregierung jetzt schon ins Leben getreten sei.

Türkei.

Ueber den Aufstand in Anatolien liegen aus Konstantinopel verlässliche Meldungen vor. Mustafa Kemal Pascha, der sich zum Generalgouverneur ausrufen ließ, hat das anatolische Gebiet in drei Militärsphären eingeteilt. In der Zone von Sams hat er selbst das Kommando übernommen, während in den anderen Sphären verschiedene Generale die Aufständischen befehligen. Mustafa Pascha hat ein Ultimatum an die Konstantinopeler Regierung gerichtet, in dem er sie auffordert, sich der nationalen Bewegung entweder bedingungslos anzuschließen oder abzutreten. Der Kriegsminister der Konstantinopeler Regierung, Suleiman Nesimi, erklärte: „Es besteht wenig Hoffnung, der patriotischen Bewegung in Kleinasien Einhalt zu tun. Die Regierung in Konstantinopel ist tatsächlich nur noch eine Scheinregierung.“ — Die patriotische Bewegung unter General Mustafa Kemal gewinnt täglich an Bedeutung. In anschlaggebenden Kreisen wird diese Bewegung nicht als eine aufrührerische, sondern als eine nationale betrachtet. Sowohl die besseren Kreise wie auch das Volk im allgemeinen stehen der Bewegung günstig gegenüber.

Eisenbahnunfälle.

Der D-Zug Köln-Altona ist am Samstag auf dem Bahnhof Haltern bei der Durchfahrt auf eine Rangierabteilung gestürzt. Der Fahrer der Abteilung und ein im Postwagen des D-Zuges befindlicher Postsekretär wurden getötet, eine weitere verletzte Leiche, vermutlich eine Postbeamtin, ist noch nicht erkannt. Schwerverletzt sind ein Postbeamter und der Lokomotivführer der Rangierabteilung; leicht verletzt sind Bahn- und Postbedienstete; Reisende sind nicht zu Schaden gekommen. Nach einer anderen Meldung vier Reisende verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Marianne.

Novelle von Fritz Ganser.

3. Nachdruck verboten.

Er konnte ganz getrost schlafen; denn in Treibungshaus gab es nur gute Leute. Die Kunst der Einbrecher und Brandstifter kannte man kaum vom Hörensagen. — Hannesrieder Lorenzen schlief längst. — Und über der guten Stadt mit ihren stillen Gassen und ihren vom Tagewerk ausruhenden Bewohnern stand der volle, silberne Mond. Es schien, als wenn er leise und friedlich lächelte. — Leberecht Jensen war mit seinem Briefe fertig, er verlegte ihn, schrieb die Adresse mit peinlicher Korrektheit und löschte die Lampe. —

Und just um dieselbe Stunde, als er sich mit einem Gefühl der Befriedigung zur Ruhe begab — hauchte die Schwester ihren letzten Seufzer aus, und die verlassen Marianne drückte ihr die gebrochenen Augen zu.

Der Tod kam der Nachricht Leberecht Jensens, die alle Sorgen einer Mutter um die Zukunft ihres Kindes hinwegnehmen sollte, mit schnellerem Schreiten und rücksichtslos zugreifenden Händen zuvor.

Nun „preßierte“ der Brief nicht mehr. —

2. Kapitel.

Ein klarer, würziger Septembernachmittag ging mit hellen, lachenden Augen durch die stillen Gassen der kleinen Stadt und schaute in jedes Haus.

Sein Leuchten fiel auch in Males Reich und lockte mit dem blühenden gezeichneten Kupferkessel auf dem Borde und den funkelnden Zinngeschirren an den Wänden.

Male hatte es immer gern, wenn ihre Küche im Sonnengold lag. Aber heute achtete sie nicht auf die neulichen Lichter, sondern sah mit einem verdrossenen Zug um den Mund und mit bosen Blicken auf der Stirn vor dem eichenen Küchentische und schnitzte Bohnen.

Sie philosophierte. —

Und es war eine ganz sonderbare, eigentlich nur für Male Lindauer verständliche Philosophie, die sie in Gedanken oder teilweise im halbblauen Selbstgespräch entwickelte.

Veranlassung zu ihren tief sinnigen Betrachtungen gab

Volkswirtschaft.

Neue Braunkohlenlager. Nach dem „Verl. Lokal-Anzeiger“ wird der sächsische Staat die Biskowitzer Kohlenlager, die, wie die Bohrungen ergeben haben, außerordentlich reich an Braunkohle sind, jetzt ausschließen. Die Lager vermögen jetzt Ostfachsen und Dresden zu versorgen. Man hofft, schon im kommenden Winter die Kohlenversorgung verbessern zu können.

Neue Kohlenpreiserhöhungen. Die Ruhrkohlenzechen haben beim Reichswirtschaftsministerium einen Antrag auf abermalige Erhöhung der Kohlenpreise gestellt. Die neuen Preisforderungen der Zechen belaufen sich auf 45 Mark für die Tonne Förderkohle. Hieron sind 25 Mark als wirkliche Kohlenpreiserhöhung gedacht, während 20 M. einem Bestand zuzuführen sollen, der zum Wohnungsbau für Bergarbeiter verwendet werden soll. Die Zechen begründen ihre Forderungen mit neuen bevorstehenden Lohnerhöhungen, erhöhten Anapflichtbeiträgen und mit dem Ausfall, den sie durch die neueregelten Urlaubsverhältnisse im Bergbau erleiden. Außerdem weisen sie darauf hin, daß die technischen Einrichtungen durch die lange Kriegszeit in einen solchen Zustand geraten sind, daß jetzt unbedingt Erneuerungen vorgenommen werden müssen. Bei dem Kohlepreis wünscht man sogar eine Erhöhung um etwa 57–60 Mark für die Tonne, was einschließlich Steuer eine Gesamtsteigerung von 72 Mark ausmachen würde. Das Reichswirtschaftsministerium hat, wie die Dtsch. Allg. Ztg. schreibt, zu diesen Forderungen bisher noch nicht Stellung genommen; es sei aber wohl mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß die Forderungen nicht bewilligt werden. Vor allem neigt man auch im Reichswirtschaftsministerium zu der Ansicht, daß die Kosten für die Errichtung von Bergarbeiterwohnungen nicht den Kohlenpreisen zugeschlagen werden dürfen, wenn auch eine Preiserhöhung in bescheidenem Maße sich nicht vermeiden lassen.

Arbeitsleistung vor dem Kriege und nach der Revolution. Einen interessanten Beitrag zur allgemeinen Steigerung der Preise und zugleich zu dem Verhältnis zwischen Lohnerhöhung und Arbeitsleistung bildet eine von einer Papierfabrik angestellte Erhebung. Die Firma hat, wie der „Köln. Ztg.“ geschrieben wird, Arbeiterzahl, Arbeitseinkommen und Gesamtzeugung in gleichen Abschnitten der Jahre 1914 und 1919 gegenübergestellt. Danach sind die Arbeitseinkommen heute gegenüber der Vorkriegszeit um 336 v. H. gestiegen, die Belegschaft wurde um über 20 v. H. vermehrt. Trotz dieser Erhöhung der Löhne und der Vermehrung der Arbeiterzahl wurde nur 44 v. H. der Friedenszeugung geleistet. Um die Vorkriegsmengen zu erzeugen, wäre eine Verdreifachung der Arbeiterzahl gegenüber dem Friedensstande notwendig. Jedem dieser Arbeiter müßte das Dreieinhalbfache des Lohnes vor dem Kriege ausbezahlt werden. Allein für den Anteil, den die menschliche Arbeitskraft am fertigen Erzeugnis hat, muß bei dem angezogenen Beispiel heute das Elfache an Kosten aufgebracht werden. Nichts kann den Tiefstand unserer Wirtschaft wohl besser veranschaulichen, als solche kleinen, zahlenmäßig belegbaren Ausschnitte aus einem nur in allgemeinen Umrissen bekannten Gesamtbilde.

Ein Reichsverband gegen Zwangswirtschaft und Sozialisierung. Die Mißstimmung gegen die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik hat das „Zentralblatt für den deutschen Außenhandel“ zu einer Rundfrage bei Wirtschaftsverbänden, Großkaufleuten, Industriellen und Bankiers veranlaßt. Es hat dabei für seine Ansichten so viel Zustimmung gefunden, daß es jetzt mit einem fertigen Plan an die Öffentlichkeit treten kann. Der Reichsverband gegen Zwangswirtschaft und Sozialisierung will folgende Programmpunkte tatkräftig vertreten. 1. Endgültige Abschaf-

fung der Zwangs- und Planwirtschaft und Einführung ungebundener Wirtschaftsordnung; 2. größte Sozialisierungen und Kommunalisierungen; 3. Rationalisierung der einschlägigen Reichsministerien durch aus Handel und Industrie; 4. Sammlung aller Gegenbewegungen gegen hemmende Regierungsmaßnahmen; ist zu begreifen und zu begrüßen, daß dem wirtschaftlichen Dilettantismus und der parteipolitischen Exzentrizität durch Zusammenfassung der Gegenkräfte endlich ein Werk gelegt werden soll. Nur ist davor zu warnen, daß die Gegenbewegung jetzt nicht auch über das Ziel hinausschießt, sondern daß sie sich innerhalb des Rahmens hält, neuen Verhältnisse uns nun einmal gestellt haben, ein zu schneller Abbau ist mindestens ebenso schädlich, wie eine zu lange Beibehaltung der Zwangswirtschaft.

Das Reichsvernichtungssamt hat Maßnahmen getroffen, um die Verteuerung von Wein auswärts verkauften Rot- und Weißweinen zu verhindern. Die Weine stehen auch nach dem Verbot unter der Aufsicht der Reichsweinkontrolle.

Verkehr.

Die Einführung des Winterfahrplans ursprünglich für den 1. Oktober geplant. Jetzt haben deutschen Eisenbahnverwaltungen vereinbart, den neuen Fahrplan erst am 5. Oktober einzuführen. In Bayern am 1. November eingeführt werden. Der Grund der Verschiebung ist folgender: In dem besetzten deutschen Gebiet Rheines wird auf Geheiß des Chefs des Feldbahnbefehlshabers in der Nacht zum 5. Oktober die Zeit eingebracht, die um eine Stunde später in unbesetzten Gebiet geltende mitteleuropäische Zeit, links des Rheines am 1. Oktober der Winterfahrplan würde, so müßte dort in der Nacht zum 5. Oktober nochmals gewechselt werden. Durch die Verschiebung doppelte Wechsel vermieden.

Vermischte Nachrichten.

* 12 000 Winterprozesse in Köln. Die Kriminalpolizei hat in der letzten Zeit ihr besonderes Auf die Treiber der zahlreichen und Schleichhändler gerichtet; die zu wiederholten vorgenommenen Streifen in den Schlupfwinkeln der Stadt sowie in der Eisenbahn haben zur Verhaftung von Waren aller Art geführt. Es wurden in der Zeit 1 Million Zigaretten, 100 Zentner Fleisch und mehrere hundert Zentner Getreide, mehrere tausend Kartoffeln, 1157 Liter Wein und Brautwein und andere beschlagnahmt. Im ganzen schweben 12 000 Verfahren wegen Kriegswucher bei den Kölner Gerichten.

* Generalfeldmarschall v. Hindenburg das vom Abwehrstab der deutschen Landwehr ihm angetragene Ehrenpräsidium angenommen.

* Bräuteneinkauf. Eine provisorische Bräuterei auf der Linie Wuns-Bünde brach zusammen, als Arbeitertransportzug sie benutzte. Bisher hat max. 15 Schwerverwundete aus den Trümmern herausgeholt.

Ein krasser Fall von Lebensmittelmangel — es handelt sich um „Auslandsfleisch“ — von deutschem, besonders oberbayerischem Vieh her — hat den Zentrumsabgeordneten Knoll veranlaßt, dringliche Anfrage an die heftigste Kritik zu richten: „Ist die Regierung bereit, in klarer und einwandfreier Weise die Herkunft fraglicher Tiere zu lassen und mit aller Schärfe gegen die Ausbeutung des Volkes durch gewissenlose Schieber vorzugehen? Ist die Regierung bereit, die kommunalen und Viehhändlerverbände, wie alle anderen Kriegsgesellschaften im Freistaate Hessen aufzufordern, in aller Öffentlichkeit Abrechnung zu legen, aus der nicht nur die Gewinne oder Verluste fraglicher Viehhändler, sondern der genaue Geschäftsverlauf, auch die Kommissionäre und anderer Beteiligten zu ersehen ist?“

Na, und dieses fremde, heimatlose Volk nennt sich „Künstler“!

Und dann Berlin! Diese Stadt war für Male ein Höllenpfuhl, ein Sodom und Gomorra. Dort wucherten nach Meinung Schande und Laster wie Unkraut in neuen Gärten, und die Sünde schoß auf gleich wilden warmen Herbststegen. Das Böse hatte in seinen Überhaupt sein ureigenes Domizil.

Und aus diesem entsetzlichen Orte kam ein Kind in das stille, ehrbare, christliche Haus! — Male spann sich so in ein Netz von Empörung, Wut und Haß, zu dem Vorurteil, Unwissenheit und Unfähigkeit die Fäden zogen, daß sie die Bohnen schneller und hastiger schnitzte, schließlich gar nicht an ihre Beisatzung dachte und sich in den schnitt.

Sie warf das Messer ärgerlich in die große Schüssel, stellte diese auf den Tisch und verließ das Haus.

Nun war's mit dem Bohnenschnitzeln für Leberecht Jensen! Daran war sie auch schuld, diese Marianne!

Male beschloß, sich zu rächen. Morgen, gleich sollte diese — diese Fremde helfen. Und dann Male ihre Ungeheuerlichkeit und Langsamkeit mit Freude kritisieren und schulmeistern. Denn daß Marianne Geseinius weder geschickt noch schlau war, ihr als selbstverständlich. Sie würde überhaupt verstehen und können. Aber sie sollte schon lernen bei ihr, der Male Lindauer! —

Während man Marianne so bereits vor ihrem Treffen mit Abneigung gegenüberstand, ja, schon die Erwähnung eines Arbeitspensums für sie vorfand, an der Seite Leberecht Jensens von dem weit entfernten Freilichtbühnen gelegenen Bahnhof der Stadt zu.

Undel und Nichte gingen stumm nebeneinander. Sie hatten überhaupt während der ganzen Reise mehr zusammen gesprochen, als unumgänglich notwendig war.

Mariannes bleiches, schönes Gesicht trug den Ausdruck vollstündiger Gleichgültigkeit. Ganz deutlich stand in „Bringt mich, wohin ihr wollt; tut mit mir, was denkt; mir ist alles, alles aana eant!“

Fortsetzung folgt.

da die Regierung bereit, zu veranlassen, daß die Kon-
zessionen und die kleineren Produzenten in weit größerer
Maße in die Verwaltung dieser Verbände herangezogen
werden, um so das große Mißtrauen, welches seitens der
Verbraucher, wie der Konsumenten gegen fragliche Organi-
sationen besteht, zu beseitigen?

Metalllose Glocken. Die Zahl der Bronze-
glocken, die i. J. für Kriegszwecke geordert wurden, beträgt,
wie man jetzt mitteilen kann, 40-50 000. Als Mitte No-
vember 1918 die Mobilisierung der Sparmetalle eingeleitet
wurde, wies die Metallmobilisierungsstelle sämtliche La-
schen und die Werke, die mit der Verhüttung der Glocken be-
schäftigt waren, telegraphisch an, alle noch nicht zerstück-
ten Glocken an Ort und Stelle aufzubewahren und pfleg-
sam zu behandeln. Die Bestände wurden den Verbesitzern
zurückgegeben. Manche Gemeinden hatten es
verstanden, ihre Glocken in dauerhafter Weise zu kenn-
zeichnen. So verblieb ein Rest von nahezu 400 Glocken,
deren Herkunft nicht festzustellen war. Gemeinden, die nach-
prüfen können, daß eine oder mehrere der Glocken von ihnen
herstammen, sollen sich mit der Metallmobilisierungs-
stelle in Berlin unmittelbar in Verbindung setzen,
um dann Rückkaufverhandlungen einzuleiten. Als Preis gilt
der der Uebernahme nach Abzug der tatsächlich entstandenen
Kosten. Ist der Ertrag in Kriegsanleihen angelegt wor-
den, so werden diese nach dem Ausgabekurs angenommen.

Erbschaft. Der Stadt und Handelskammer Mann-
heim ist aus Amerika ein Vermächtnis von 15 000 Dollar
gekommen, was nach dem heutigen Markstande eine Summe
von über 300 000 Mark darstellt. Der Schenker war der
Herr d. J. verstorbenen Herr Ludwig Drehs aus Mann-
heim, der in früherer Jugend nach Amerika ausgewandert.

**Wiederaufbau des internationalen Ge-
schäftslebens.** Dem englischen Kongress der interna-
tionalen Brüderlichkeit auch die Wiederherstellung der interna-
tionalen intellektuellen Beziehungen betont und darauf ge-
drungen, Deutschland bei dieser Wiederherstellung behilf-
lich zu sein.

Die neuen Postgebühren.

Vom 1. Oktober ab beträgt im inneren Verkehr des Reichs-
gebietes sowie im Verkehr mit Bayern und Württemberg
die Gebühr für:

Fernbriefe bis zu 20 Gr. 20 Pfg., über 20 bis 250
Gr. 30 Pfg., Ortsbriefe bis 20 Gr. 15 Pfg., über 20 bis 250
Gr. 20 Pfg., Fernpostkarten 15 Pfg., Ortspostkarten 5 Pfg.,
10 Pfg., Hochpostbriefe, 60 Pfg., Hochpostkarten 50 Pfg.,
10 Pfg., Luftpostbriefe, 60 Pfg., Luftpostkarten 50 Pfg.,
10 Pfg., über 100 bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 Gr. bis 500 Gr.
30 Pfg., über 500 Gr. bis 1 Mrk. 40 Pfg., Geschäftsbriefe
bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg., Warenproben
bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg., Mit-
teilungen bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg.,
über 500 Gr. bis 1 Mrk. 40 Pfg., Postanfragebriefe
bis 250 Gr. 20 Pfg., über 250 bis 500 Gr. 30 Pfg.,
Briefe mit Wertangabe: 1. im Fernverkehr bis
250 Gr. 50 Pfg., über 250 Gr. bis 500 Gr. 60 Pfg., 2. im Orts-
verkehr bis 20 Gr. 45 Pfg., über 20 bis 250 Gr. 50 Pfg., dazu
eine Versicherunggebühr von 40 Pfg. für je 1000 Mark Wert-
angabe.

Postanweisungen bis 5 Mark 20 Pfg., über 5 bis
100 Mark 40 Pfg., über 100 bis 250 Mark 60 Pfg., über 250
bis 500 Mark 80 Pfg., über 500 bis 1000 Mark 1 Mark.

Pakete (Reisgewicht 20 Kgr.) bis 5 Kgr., Nahzone,
15 Pfg., Fernzone 1,25 Mrk., über 5 bis 10 Kgr. 1,50 Mrk., bezw.
2,20 Mrk., über 10 bis 15 Kgr. 3 Mrk., bezw. 5 Mrk., über 15 bis
20 Kgr. 4 Mrk., bezw. 6 Mrk., für Einschreibepakete tritt eine Ein-
schreibgebühr von 30 Pfg., für Pakete mit Wertangabe die Ein-
schreibgebühr von 30 Pfg. und eine Versicherungsgebühr von
40 Pfg. für je 1000 M. Wertangabe hinzu; für die Gültig-
keit bei Vorauszahlung 1. nach dem Ortsbestellbezirk:
a) für eine Briefsendung 50 Pfg., b) für ein Paket 75 Pfg.,
2. nach dem Landbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 1 Mrk.,
b) für ein Paket 1,50 Mrk. Einschreibgebühr 30 Pfg.,
Versicherungsgebühr für das Ueberweisungsgramm bei tele-
graphischen Postanweisungen 25 Pfg., Gebühr für dringende
Lieferung 2 Mrk., Zustellungsgebühr 40 Pfg., Rücksendungsgebühr 40 Pfg.,
Zustellungsgebühr für außerhalb der Schalterstunden einge-
schickte Einschreibsendungen und Pakete 40 Pfg., Gebühr für
Erlaß eines Nachschreibens 40 Pfg., Gebühr für Bestellschreiben wegen
Nachlieferung von Zeitungen 25 Pfg.

Alle Postsendungen mit Ausnahme der gewöhnlichen und
eingeschriebenen Briefe und Postkarten unterliegen dem Frei-
schaffungszwang.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt: im
Landverkehr für das Wort 8 Pfg., mindestens 80 Pfg. im
inländischen Verkehr für das Wort 10 Pfg., mindestens
1 Mark.

Die neue Fernspreckgebühren-Ordnung, wird
folgenden Tarif bringen: Die Pauschalanschlüsse, die
nicht weiter als 5 Km. von ihrem Amt entfernt liegen, kosten
jährlich: in Regen bis zu 50 Teilnehmern 160 M., bei
mehr als 50 bis zu 100 Teilnehmern 200 M., bei mehr als 100
bis zu 200 Teilnehmern 240 M., bei mehr als 200 bis zu
300 Teilnehmern 280 M., bei mehr als 300 bis zu 5000 Teilnehmern
300 M., bei mehr als 5000 bis zu 10 000 Teilnehmern 340 M.,
bei mehr als 10 000 Teilnehmern (Berlin) 360 M.
Die Grundgebührenanschlüsse dagegen
haben bei gleicher Entfernung künftig alljährlich: in Regen
bis zu 1000 Teilnehmern 120 M., bei mehr als 1000 bis zu
5000 Teilnehmern 150 M., bei mehr als 5000 bis zu 10 000
Teilnehmern 180 M., bei mehr als 10 000 Teilnehmern (Berlin)
200 M. Hierbei ist zu beachten, daß für die Anschlüsse unter
5 Km. mindestens 400 abgehende Ortsgespräche mit künftig je 10
Pfg., also mindestens 40 M., bezahlt werden müssen. Werden
mehr als 400 solcher Gespräche geführt, so sind natürlich auch
mehr zu bezahlen. Die Gebühren für Nebenschlüsse in den auf
den Gebäuden des Hauptanschlusses befindlichen Räumen des
Hauptanschlusses (also insbesondere für die von Nachbarn, Be-
nachbarten usw., selbst wenn sie auf dem Grundstücke des Haupt-
anschlusses liegen) jährlich 60 M. 3. sind zur Verbindung des

Nebenschlusses mit dem Hauptanschlusse mehr als 100 Meter
Doppelleitung erforderlich, so werden für jede angefangene 100
Meter weitere Leitung jährlich (außer den vorgenannten Sätzen)
10 M. erhoben. Die Gebühren für Ferngespräche bis
zu einer Dauer von drei Minuten betragen ab 1. Oktober bei
einer Entfernung bis zu 25 Km. 10 Pfg., bis zu 50 Km.
50 Pfg., bis zu 100 Km. 1 M., bis zu 500 Km. 2 M., bis zu
1000 Km. 3 M., bei mehr als 1000 Km. 4 M.

Allgemeines: 1. Alle Postsendungen, mit Ausnahme der
gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, müssen
fortan freigemacht werden. 2. Für die Befreiung von gewöhn-
lichen, Wert- und Einschreibepaketen und Wertbriefen, sowie für
das Abtragen der Postanweisungen nebst den Geldbeträgen wird
keine Gebühr mehr erhoben. Mit Ausnahme der Eisenbahn-
und der Zeitungen kommt also Bestellgeld für alle Sen-
dungen in Wegfall. 3. Postabholer haben eine jährliche
Zachgebühr von 6 Mark vierteljährlich voranzubringen,
wenn sie ein besonderes Fach des Ausgabebereichs bei der
Postanstalt eingeräumt zu erhalten wünschen. Wer nur Zeit-
ungen abholt, ohne daß dazu ein besonderes Fach beansprucht
wird, hat eine Ausgabegeld in Höhe der Hälfte des Zeitungs-
bestellgelds für die Dauer der Bezugszeit im voraus zu zahlen.

Pakete: 1. Auf dem Paket ist der Name und Wohn-
ort nebst Wohnung des Absenders anzugeben. In das Paket
oben ist ein Doppel der Aufschrift zu legen. Dieses
ist jetzt eine Vorschrift. Wird sie vom Absender nicht
beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu er-
tragen. 2. Jedem Paket muß eine Paketkarte beigegeben sein.
Die bisherige Beschriftung, mehrere Pakete an denselben Empfänger
mit einer Paketkarte zu versenden, ist danach aufgehoben.

Zeitungen: Wird eine bei der Post bestellte Zeitung
auf Verlangen des Bezuhers an eine andere Postanstalt über-
wiesen, so ist hierfür eine Ueberweisungsgebühr von 50 Pfg.
zu zahlen, wenn diese Postanstalt an demselben Postorte
und eine Gebühr von 1 Mark, wenn sie in einem andern Post-
orte liegt.

Die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung.

Diese Wahlen werden, wie wir erfahren, im Monat Ok-
tober, an einem Sonntag, wie es vorgeschrieben ist,
stattfinden. Die ganze Körperschaft wird neu gewählt.
Die jetzige Körperschaft wird aufgelöst. Die Mitglieder blei-
ben jedoch bis zum Zusammentritt der neuen Körperschaft
in ihren Ämtern. Das Wahlverfahren ist das gleiche wie
bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Landes-
versammlung. Hierüber hat die Preussische Regierung am
24. Januar 1919 erlassen: Die Mitglieder der Gemein-
devertretungen werden, im allgemeinen unmittelbaren und
Wahlen nach der Grundbesitzverhältnisse gewählt.
Jeder Wähler hat eine Stimme. Es werden also
auch hier die Wähler nicht mehr in Klassen eingeteilt.
Alle Stimmen haben gleichen Wert. Wahlberechtigt sind
alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befind-
lichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr voll-
endet haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Ob diese Voraussetzungen vorhanden sind, entscheidet sich
für das aktive Wahlrecht — aktives Wahlrecht bedeutet das
Recht, eine Stimme abzugeben, also jemand zu wählen.
Passives Wahlrecht bedeutet das Recht, gewählt zu werden.
Nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste.
Außerdem muß der Wähler seit 1. März seinen Wohnsitz
am Orte haben. Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk an-
zusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen
innehat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung
schließen lassen. Ueberzeuge sich jeder, ob er in der Wähler-
liste steht. Bei dieser erstmaligen Wahl werden Wahl-
bezirke nicht gebildet.

1. Wie wird gewählt:

Es wird genau so verfahren, wie bei den im Januar
vollzogenen Wahlen. Dem Wähler wird ein Stim-
mzettel zugehen, dazu erhält er im Wahllokal einen Brief-
umschlag, in den er den Stimmzettel steckt und dann dem
Wahlvorsteher gibt, der den Umschlag mit dem Stim-
mzettel in die Wahlurne legt. Es ist ja nun wahrscheinlich,
daß einem Wähler mehrere Stimmzettel, das heißt von
verschiedenen Parteien ein Stimmzettel zugeht. Der
Wähler darf aber nur einen Stimmzettel in den Umschlag
stecken. Steckt er z. B. je einen Stimmzettel aus zwei Wahl-
vorschlüssen hinein, so sind beide Stimmzettel ungültig.
Steckt er aber zwei Stimmzettel von ein und demselben
Wahlvorschlag hinein, so macht dieses die Stimme nicht
ungültig, es gilt von den zwei Zettel eben nur einer.
Streicht ein Wähler auf dem Stimmzettel einen oder
mehrere Namen, so behält der Stimmzettel doch seine Gültig-
keit für alle Namen des Wahlvorschlages, dem der Stim-
mzettel entnommen ist. Seht der Wähler aber an die Stelle
der gestrichenen Namen einen oder mehrere Namen aus
anderen Wahlvorschlüssen, so ist der ganze Stimmzettel
ungültig, weil ja in diesem Falle der Wahlvorstand nicht
wissen kann, für welchen Wahlvorschlag der Wähler seine
Stimme abgeben wollte. Ein Stimmzettel kann immer nur
für einen ganzen Wahlvorschlag gelten.

2. Wer wird gewählt:

Die Stadtverordneten, deren Zahl nach der zeit-
herigen Städteordnung 24 betrug, werden sämtlich neu
gewählt. Die Körperschaft bleibt in der seitherigen Stärke
bestehen. Die Verordnung der Preussischen Regierung vom
31. 1. 1919 bestimmt, daß hinsichtlich der Zahl der Stadt-
verordneten für die Städte alle Provinzen die Bestim-
mungen der Städteordnung für die städtischen Provinzen
vom 30. März 1853 gelten. Nach § 12 dieser Städteord-
nung soll bei Städten von 5000 bis 10000 Einwohnern
die Zahl der Stadtverordneten 24 betragen. § 14 der
Städteordnung für Hessen-Nassau stimmt mit obiger Vor-
schrift überein.

3. Wer kann gewählt werden:

Wähler sind nach § 1 der Verordnung vom 24. Jan.
1919 alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit be-
findlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr
vollendet haben, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte
sind und ihren Wohnsitz am Orte haben.

Fortsetzung folgt.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Tabakpflanzen müssen versteuert werden: Alle Tabak-
pflanzen, deren Ertrag für den Gebrauch, also zur Ver-
stellung von Rauchtabak bestimmt ist, sind steuerpflichtig. Diese
gesetzliche Bestimmung wird namentlich von denen nur wenig
beachtet, die sich bei der jetzigen Annappe und Feuerung des
Rauchtabaks ihren Ansaß selber ziehen: im Schrebergarten
oder in Balkontöpfen. So weit die Tabakpflanze hier nicht
lediglich als Zierpflanze in Frage kommt (was heutzutage
kaum der Fall sein dürfte), ist sie der Zollbehörde zur Besteue-

rung anzumelden. Geschieht das nicht, so legen sich die Viehhäber
und Bäcker eines eigenen Gewächses erheblichen Scherereien
und Bestrafungen aus, Umstände, die sich mit geringem Kosten-
aufwand die Steuer beträgt für den Quadratmeter gleich etwa
5 Pfennigen (7 1/2 Pfennig) ersparen können. Wir werden darauf
aufmerksam gemacht, auf eine nachträgliche Anmeldung solcher
Tabakpflanzen hinzuwirken. — Bei dieser Gelegenheit sei
auch die bekannte Tatsache wiederholt, daß der Verkauf ausländi-
scher Zigaretten und ausländischen Zigarettenabak ohne
Vanderole (was man vielfach beobachtet kann) eine Steuer-
hinterziehung bedeutet, die meistens dem Konsumenten keinen
Vorteil bringt, für den Verkäufer aber unangenehme Wei-
rungen und Bestrafung um das Mehrfache des hinterzogenen
Betrages bedeutet.

Wien, 20. Sept. Der städtische Steinbruch „Worm-
stein“ mit seinen prächtigen Klippen wurde unter Denkmals-
schutz gestellt.

Frankfurt a. M., 22. Sept. Die Kriminalpolizei
sagte nachts ein großes Kaskado ab, das mit mehreren schwarz-
gekleideten Schlägern beladen war und hiesigen Schleichhändlern
zugeführt werden sollte. Zugleich aber wurden die Schleichhändler
abgefaßt und verhaftet.

Büdingen, 22. Sept. Wegen den unheimlich anwach-
senden Schleichhandel mit Getreide und Mehl hat jetzt das
Kreisamt schärfste Maßnahmen durch Aufstellung vieler Kom-
mandos, besonders an den Drehscheiben getroffen. Und trotz-
dem wandern Korn und Mehl in ungezählten Mengen, wie die
überfüllten Füge beweisen, außer Landes.

Haiger, 22. Sept. Die Gebrüder Feitz und der Ver-
teidiger Alkan von hier waren vom Schöffengericht Dillenburg
wegen Wilderns zu 2 bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt
worden. Auf Berufung von Verteidiger und Anwalt beschloß
sich die Strafkammer in Limburg mit dem Fall. Sie erhöhte
unter Hinweis auf die erschreckende Zunahme des Wilderei-
ums die Strafen auf 6 bis 18 Monaten Gefängnis.

Koblenz, 22. Sept. Die amerikanische Behörde überwies
hiesigen Kaufleuten 200 000 Pfund Zucker zum freihändigen
Verkauf an die Bevölkerung, da der Zuckerbedarf für die
Truppen gedeckt ist.

Neuwied, 22. Sept. Gegen Schwarzschlachtung und
Schleichhandel hat die Kreiseinsichtungs-Neuwied einen
im Interesse der Allgemeinheit sehr anerkannten Be-
scheidungsbescheid erlassen. Darnach verpflichten sich die Mitglieder der
Hochrechnung gegenseitig zur Zahlung einer Vertragsstrafe
von 3000 Mark für jeden Fall einer bei ihnen nachgewiesenen
Schwarzschlachtung oder für den Fall, daß Fleischwaren aus
dem Schleichhandel zum Verkauf gebracht werden, zahlbar an
den Kreisinspektoren. Auch zahlt sie für die Ermittlung jedes
zur Schwarzschlachtung bestimmten Stück Viehes 50 Mark
Belohnung, wenn der Schuldige gerichtlich belangt werden
kann, sowie 25 Pfennig für jedes Pfund beschlagnahmtes
Fleisch.

Aus dem Rheingau, 20. Sept. Infolge des außeror-
dentlich kalten Rheinflusses mußten auf der Strecke
von Gießenheim bis Eltville etwa zehn schwer beladene
bergwärts fahrende Schleppfähnen vor Anker gehen und
liegen so schon acht Tage fest, höheres Wasser abwartend.
Die Schiffe haben alle Kohlen geladen. Insgesamt ruht der
meiste Schleppschiffverkehr auf dem Rhein. An vielen Stellen
treten die „Hungersteine“ zutage, die nur bei äußerst niedri-
gem Wasserstand aus Tageslicht kommen, hervor. Die
Düngesteine bedeuten allerdings gute Weinjahre. Die
letzten wurden im trockenen Jahre 1911 beobachtet.

Aus Ditz und Umgegend.

**Die Fahrplanänderungen im Eisenbahndirektions-
bezirk Frankfurt a. M.** sind in einem besonderen Anhang
zum Taschenfahrplan zusammengefaßt, der dieser Tage
ausgegeben wird. Inhabern von Taschenfahrplänen wird
der Anhang auf Verlangen von unseren Fahrkartenaus-
gaben kostenlos verabfolgt.

Die Umwechselliste für heimkehrende Gefangene
sind für die Woche vom 22. bis 28. September wie folgt
festgelegt worden: Amerika für 1 Dollar Noten 28 Mark,
Scheid 25 Mark; England für 1 Pfd. Sterling Noten 118
Mark, Scheid 105 Mark; Frankreich für 100 Frank Noten
320 Mark, Scheid 290 Mark; Belgien für 100 Frank Noten
310 Mark, Scheid 275 Mark. Aus Rotenurs gilt der
Kurs für unlauffähiges Bargeld, Gold und Silber. Unter
Scheidurs wird der Kurs für Scheids, Quittungen, Arme-
e- und Stadtgeld, Not- und Lagergeld sowie Kleingeld ver-
standen.

Die Zinsheine der Reichs- und Provinzialbanken können
nach wie vor bei den Postanstalten vom 21. des Monats
vorhergehenden Monats ab umgetauscht werden. Auch
die Landbriefträger und Postfilialstelleninhaber sind zur Ein-
lösung der Zinsheine verpflichtet.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Im evangelischen Männerverein hielt der 2. Vor-
sitzende, Hr. Koppermann einen Vortrag über Fried-
rich Raumann, den kürzlich verstorbenen Politiker, der
wohl als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Na-
tionalversammlung bezeichnet werden muß. Er führte un-
gefähr folgenden aus: Raumann, ein Thüringer, der aus
den Kreisen derer um Stöcker hervorgegangen war, zeigte schon
als Pfarrer der Inneren Mission in Frankfurt sein tiefes
Verständnis und sein warmes Empfinden für alle sozialen
Fragen. In seinen Predigten und Andachten greift er
hinein in das Großstadtleben, stellt die Räte die er ge-
schaut, die Bilder, die ihm die Seele bewegt haben, in das
Licht des göttlichen Wortes. Religion ist ihm nicht der
Glaube an vergangene Taten, sondern an Gottes
weltbewegende Kraft und weltdurchdringende Liebe. „Gott
will die Menschen; wie er in der Feuersäule vor dem Volke
hervorgegangen ist, so geht er heute durch die Funken, die
aus den Schloten sprühen, und wie er gegenwärtig war im
Sain Mamre, so ist er in den Maschinenwerkstätten unserer
Zeit“, so sagt er. Aus dem Bewußtsein heraus, daß nur
durch ein wachsendes Verständnis der bürgerlichen Kreise
für die Bedürfnisse der handarbeitenden Bevölkerung ein
späteres Zusammengehen aller Teile unseres Volkes möglich
werden könne, gründet er 1896 den national-sozialen
Verein, der in den Kreisen der Akademiker und ihnen
nahestehender Intellektuellen begeisterten Anklang fand.
Schon nach 7 Jahren löste er ihn freiwillig auf, weil der er-
wartete Wählerfolg ausblieb und ging zur Fortschrittspartei,
in der er als Sauerteig zu wirken hoffte. Wenn auch diese
wie manche andere Hoffnung Raumanns sich nicht erfüllte,

